

**S-1** Unseren Landesverband zukunftsfest machen – Beteiligung leben, konstruktive Debatten führen und gemeinsam arbeiten

Gremium:	Landesvorstand, Josef Winkler (KV Rhein-Lahn), Dr. Tobias Lindner (KV Germersheim), Lisett Stuppy (KV Donnersberg), Fabian Ehmann (KV Mainz), Ulrike Höfken (KV Bitburg-Prüm), Dr. Bernhard Braun (KV Ludwigshafen);
Beschlussdatum:	20.09.2016
Tagesordnungspunkt:	3. Unseren Landesverband zukunftsfest machen – Beteiligung leben, konstruktive Debatten führen und gemeinsam arbeiten

1 Das Ergebnis der Landtagswahl stellt unseren Landesverband vor die  
2 Herausforderung, mit geringeren finanziellen Mitteln, einer kleineren  
3 Landtagsfraktion und einem Ministerium weniger unsere politische Arbeit in  
4 Rheinland-Pfalz fortzuführen. Mit dem Eintritt in die Ampelkoalition stehen wir  
5 vor neuen Herausforderungen. Als kleinster Koalitionspartner werden wir noch  
6 stärker darum kämpfen müssen, Aufmerksamkeit für unsere GRÜNEN Themen zu  
7 erhalten und diese im Land voranzubringen.

8 Wir GRÜNE haben angesichts des drohenden gesellschaftlichen und politischen  
9 Roll-Backs immer größere Verantwortung: Es gilt, mit gesellschaftlichen  
10 Bündnissen die wachsende Fremdenfeindlichkeit zu stoppen, den Rückfall in den  
11 Mief und die autoritären Strukturen der 50er Jahre zu verhindern, die  
12 Energiewende zu verteidigen und auch hier im Land den Zerfall Europas und der  
13 globalen Ungerechtigkeit entgegen zu wirken.

14 Die letzte Legislaturperiode lehrt uns: Es reicht nicht, nur erfolgreiche  
15 Regierungspolitik zu machen. Wir brauchen als GRÜNE, gerade in  
16 Regierungsverantwortung, ein starkes eigenständiges Profil und inhaltliche  
17 Ergebnisse. Wir müssen es als Gesamtpartei schaffen, unsere Themen den Menschen  
18 vor Ort zu vermitteln und damit zeigen, was eine erfolgreiche GRÜNE  
19 Regierungsarbeit bewirkt. Die besten Beschlüsse und Aktivitäten in Mainz, Berlin  
20 oder Brüssel reichen nicht, wenn die Politik vor Ort bei den BürgerInnen nicht  
21 ankommt.

22 Deshalb kann es nicht ausreichen einige unserer Strukturen zu ändern. Der GRÜNE  
23 Kongress in Worms hat verdeutlicht: Wir müssen unsere Art des Zusammenarbeitens  
24 überdenken, wir müssen die politische Bildungsarbeit unserer Partei verbessern,  
25 alle Ebenen der Partei, vom Landesvorstand bis zu den einzelnen Ortsverbänden so  
26 gut vernetzen, dass mit gebündelten Kräften GRÜNE Politik im Land zu Erfolgen  
27 führt und diese Erfolge auch sichtbar und in den Städten und Dörfern verankert  
28 sind. Wir wollen, dass unsere Ministerinnen, die Fraktion, der Parteivorstand,  
29 die Bundestagsabgeordneten, kommunalen Amts- und MandatsträgerInnen, die  
30 Landesarbeitsgemeinschaften und die Mitglieder mit Blick auf das Erreichen  
31 unserer politischen Ziele und das Regierungshandeln an einem Strang ziehen. Als  
32 Partei soll BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz ein Ort für fruchtbare  
33 Debatten und eines offenen und ehrlichen Austauschs bleiben. Nicht alle können  
34 und sollen dabei dasselbe tun, aber alle müssen ihre Rolle und ihre Aufgabe  
35 verantwortungsvoll ausfüllen:

- 36 Als Ergänzung zu den neuen Strukturen, die der Landesdelegiertenversammlung in  
37 separaten Anträgen zur Abstimmung vorliegen, unterbreitet dieser Antrag daher  
38 Vorschläge zur Zusammenarbeit:
- 39 1. Kampagnenfähigkeit auf allen Ebenen stärken – GRÜNE Politik sichtbarer machen
- 40 Gemeinsame verbindliche Schwerpunkte festlegen und auch umsetzen
- 41 Wir wollen in Zukunft für bestimmte Zeiträume gemeinsam inhaltliche Schwerpunkte  
42 erarbeiten, Konzepte erstellen und diese möglichst ins ganze Land tragen. Das  
43 kann nur gelingen, wenn alle gemeinsam an einem Strang ziehen und jedeR in  
44 seiner Rolle Verantwortung für die Umsetzung übernimmt.
- 45 Festgelegte Schwerpunkte sollen in möglichst vielen Kreisverbänden durch  
46 Veranstaltungen, Aktionen, kommunale Anträge und Ortstermine umgesetzt werden.  
47 Dabei sollen alle Ebenen der Partei bei der Umsetzung helfen.
- 48 Im Rahmen der Möglichkeiten sollen die Landtagsfraktion und die Mitglieder der  
49 Landesgruppe im Bundestag diese Schwerpunkte aufnehmen und in die  
50 parlamentarische Arbeit einfließen lassen. Für die KommunalpolitikerInnen sollen  
51 Musteranfragen, Anträge und ähnliches zur Verfügung gestellt werden, um die  
52 Themen auch vor Ort einzubringen.
- 53 Die Landesarbeitsgemeinschaften liefern zielgerichteten inhaltlichen Input,  
54 Materialien und fungieren als MultiplikatorInnen.
- 55 Regionalen Austausch verbessern
- 56 Rheinland-Pfalz ist das Bundesland mit der kleinteiligsten Verwaltungsstruktur.  
57 Die politische Diskussion über deren Überwindung wird geführt. Auch wir GRÜNE  
58 wollen in unseren eigenen Strukturen daher die regionale Zusammenarbeit stärken.
- 59 Regionale Treffen mehrerer Kreisverbände sind bei inhaltlichen Diskussionen,  
60 aber auch in Wahlkämpfen, sinnvoll. In Zeiten kleinerer finanzieller und  
61 personeller Ressourcen ist eine verstärkte Kooperation von Kreisverbänden  
62 wichtig.
- 63 Themenorientierte Informationsabende oder Regionalkonferenzen, wie zum  
64 Koalitionsvertrag, sollen in der Zukunft öfter durchgeführt werden. So können  
65 auch Synergieeffekte zwischen benachbarten Kreisverbänden genutzt werden und  
66 Themen GRÜNER Politik gemeinsam erarbeitet werden.
- 67 Die Regionaltreffen sollen dabei in Abstimmung mit der Landesgeschäftsstelle  
68 durch die Kreisverbände in den Regionen organisiert werden.
- 69 Landesarbeitsgemeinschaften und Abgeordnete enger verzahnen
- 70 Die Landesarbeitsgemeinschaften sollen den Landesvorstand in fachlichen Fragen  
71 beraten und bei der programmatischen Arbeit der Landespartei mitwirken. Nicht  
72 immer können alle LAGen diesem Auftrag ausreichend nachkommen. Für eine  
73 systematische, ergebnisorientierte Arbeit sollen die LAGen stetiger und  
74 programmatisch zielorientierter arbeiten.
- 75 Wir müssen als Partei den vorhandenen Sachverstand besser nutzen und die  
76 Mitarbeit in Landesarbeitsgemeinschaften attraktiver gestalten. Die  
77 Landesarbeitsgemeinschaften müssen wieder enger an die aktuellen,

78 landespolitischen Debatten herangeführt werden und einen echten inhaltlichen  
79 Mehrwert für die Partei liefern.

80 Die Landesarbeitsgemeinschaften sollen daher enger mit der Arbeit der Landtags-  
81 und Bundestagsabgeordneten verzahnt werden und von deren Input profitieren. Es  
82 soll eine höhere Verbindlichkeit in der Arbeit hergestellt werden.

83 Die LAGen sollen zielgerichteter, und out-put orientierter arbeiten, sie sollen  
84 stärker vernetzend arbeiten.

85 Um eine flexiblere und niedrigschwelligere Arbeitsweise der  
86 Landesarbeitsgemeinschaften zu unterstützen, wollen wir verstärkt die Nutzung  
87 digitaler Arbeitsweisen ausprobieren und fördern, denn nicht jede Diskussion  
88 erfordert physische Treffen.

89 Das entsprechende Statut der Landesarbeitsgemeinschaften soll auf diese Punkte  
90 hin im nächsten Jahr überarbeitet werden.

91 Unsere Strukturen fit machen – Kreisvorständekonferenz und erweiterter  
92 Landesvorstand<sup>1</sup>

93 Die vorliegenden Strukturänderungen können nur dann erfolgreich sein, wenn wir  
94 gemeinsam daran arbeiten sie mit Leben zu füllen und sie die ihnen zugewiesenen  
95 Aufgaben erfüllen.

96 Die vorgeschlagene Kreisvorständekonferenz soll die Kreisvorstände als  
97 Aktivposten vor Ort stärker an der Schwerpunktsetzung unserer politischen Arbeit  
98 beteiligen. So können wir in Zukunft kampagnenfähiger werden, verbindlicher  
99 miteinander arbeiten und mit gebündelten Kräften GRÜNE Ziele im Land erreichen.

100 In einem Erweiterten Landesvorstand laufen alle Fäden GRÜNER Politik auf Landes-  
101 , Bundes-, und kommunaler Ebene zusammen. Der Erweiterte Landesvorstand  
102 ermöglicht die strategischen und inhaltlichen Diskussionen des Landesvorstands  
103 auf breitere Füße zu stellen und stärker in der Gesamtpartei zu verankern. Mit  
104 der Wahl von Basismitgliedern in den Erweiterten Landesvorstand beteiligen wir  
105 mehr Mitglieder an den Diskussionen und Entscheidungen.

106 2. Die politische Bildung intensivieren – Mitglieder fit für die politische  
107 Auseinandersetzung machen

108 Um als Partei noch professioneller arbeiten zu können, müssen wir den  
109 innerparteilichen Wissenstransfer und die Weiterbildung unserer Mitglieder und  
110 der kommunalpolitisch Aktiven weiterentwickeln. Bildungs- und  
111 Weiterbildungsbedarf besteht auf einer inhaltlichen Ebene, aber auf der  
112 praktischen Ebene der politischen Arbeit, Kampagnen- und Projektplanung und wenn  
113 es um die Vermittlung GRÜNER Inhalte geht.

114 Die Anforderungen an uns als Partei und unsere Mitglieder sind in den letzten  
115 Jahren vielfältiger geworden. Zum einen stehen wir bereits seit über 5 Jahren in  
116 Regierungsverantwortung, zum anderen konnten wir unsere Mandatszahlen in den  
117 kommunalen Parlamenten und Räten in der Fläche mit zwei erfolgreichen  
118 Kommunalwahlen deutlich ausbauen und haben erfreulicherweise immer mehr  
119 hauptamtliche Kommunalis Gleichzeitig hat sich der politische Gegenwind auf  
120 allen Ebenen massiv verstärkt. Immer häufiger erleben wir mächtige Kampagnen,  
121 die unsere Politik und unsere Projekte angreifen und zurückdrehen wollen, z. B.  
122 bei der Energiewende oder bei der Integration. Für diese gesteigerten

123 Anforderungen müssen wir unsere Mitglieder in der Fläche vorbereiten und  
124 wappnen, damit sie überzeugend für unsere Inhalte einstehen und werben können.  
125 Viele GRÜNE Mitglieder sind ExpertInnen in speziellen Fachgebieten und  
126 Interessensbereichen und besitzen eine große inhaltlicher Tiefe – das ist ein  
127 GRÜNES Markenzeichen. Andere wiederum haben Bedarfe sich weiterzubilden. Dazu  
128 ist ein möglichst abgestimmtes Konzept zu politischen Bildungsarbeit nötig.

129 Wir wollen deshalb gemeinsam mit den uns nahestehenden Organisationen wie GARRP,  
130 Heinrich Böll Stiftung und GRÜNE Jugend in einen Dialog treten, um das  
131 Bildungsangebot für unsere Mitglieder zu optimieren und an die Bedarfe anpassen.

132 Ebenso braucht es einen neuen Anlauf zur Nachwuchsförderung. Wir müssen jetzt  
133 die Weichen stellen, damit auch in 10 – 15 Jahren ausreichend geschulte und  
134 engagierte Menschen zur Verfügung stehen, um GRÜNE Politik auf allen Ebenen  
135 umzusetzen. Gemeinsam mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren sollen  
136 deshalb bestehende Initiativen zur Nachwuchsförderung weiterentwickelt und ein  
137 Konzept erarbeitet werden, was eine stetige Nachwuchsförderung und  
138 Frauenförderung garantiert.

139 Zudem wollen wir verstärkt auf die regelmäßige Versendung von  
140 Argumentationshilfen zu landespolitischen Themen setzen und ein Format  
141 entwickeln, um regelmäßig über die GRÜNEN Erfolge der Regierungsbeteiligung zu  
142 informieren.

143 3. Innerparteiliche Kultur des Miteinanders leben – gemeinsam für GRÜNE Politik  
144 streiten

145 Wir wollen zu einem neuen Grundkonsens über unsere Zusammenarbeit kommen. Nicht  
146 jede Detailfrage erfordert einen Grundsatzbeschluss und nicht alle Mitglieder  
147 können und müssen überall dabei gewesen sein, damit eine Entscheidung legitim  
148 ist. Umgekehrt muss aber stets klar sein, dass Kritik an solchen Entscheidungen  
149 jederzeit möglich bleibt. Kritik ist aber nicht gleich Kritik und der Grat  
150 zwischen einem konstruktiv kritischen Diskurs und wahrgenommener Zerstrittenheit  
151 ist sehr schmal. Das kritische Denken ist aber eine der Hauptstärken von BÜNDNIS  
152 90/DIE GRÜNEN und unterscheidet uns von den anderen Parteien. Kritik soll und  
153 muss aber immer konstruktiv, fachlich, ergebnisorientiert und von gegenseitigem  
154 Respekt getragen sein.

155 Klar muss aber auch sein: Es gibt unterschiedliche Vorgehensweisen und Rollen,  
156 die im Zusammenspiel zwischen Partei, Abgeordneten und Regierungsvertretern  
157 eingenommen und respektiert werden sollen.

158 Als Partei können und sollen wir, auch gerne leidenschaftlich, in der Sache  
159 streiten, aber am Ende müssen wir auch Geschlossenheit nach außen zeigen und  
160 gemeinsam für unsere Ziele und Ideale einstehen.

161 Wir müssen anerkennen, dass es ein institutionelles Wissensgefälle zwischen  
162 Amts- bzw. Mandatsträgern und der Basis gibt und dafür sorgen, dass die  
163 wichtigsten Informationen breit und zeitnah geteilt werden.

164 Wir werden als Partei weiter erfolgreich sein, wenn wir gemeinsam für unsere  
165 Ziele und Inhalte arbeiten. Das Verändern unserer Strukturen wird nichts ändern,  
166 wenn wir nicht auch unseren Umgang miteinander und unsere politische Kultur  
167 ändern. Lasst uns gemeinsam für eine soziale, humane und ökologische Politik in  
168 Rheinland-Pfalz kämpfen.

169 [1](#) Diese beiden Absätze sind nur nach erfolgreicher Satzungsänderung gültig

## Begründung

erfolgt mündlich-